

Maßnahmen der
Untersuchungshaftvermeidung
Maßnahmen der
Ersatzfreiheitsstrafenvermeidung
in der JVA Bielefeld-Brackwede I

Jahresbericht für den Zeitraum vom
01.01.2004 – 31.12.2004

Träger der Maßnahme:

SKM – Kath. Verein für Soziale Dienste
in Bielefeld e. V.

KIM – Soziale Arbeit e.V. Paderborn

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	Seite 3
Außer Vollzug gesetzte Haftbefehle	Seite 4
Eingesparte Hafttage durch Maßnahmen der Untersuchungshaftvermeidung	Seite 4
durch Maßnahmen zur Ersatzfreiheits- strafenvermeidung	Seite 5
Detaillierte Aufstellung der eingesparten Hafttage	Seite 6
Haftgründe aller 683 Inhaftierten	Seite 6
Haftgründe bei eingeleiteter Untersuchungs- haftvermeidung	Seite 7
Sozialpädagogische/Sozialarbeiterische Hilfen bei eingeleiteter Untersuchungshaftvermeidung	Seite 7
Nationalitäten	Seite 8
Zusammenfassung	Seite 9

Zweiter Jahresbericht über das vom Land NRW geförderte Projekt der Maßnahmen zur Untersuchungshaftvermeidung und zur Ersatzfreiheitsstrafenvermeidung in der JVA-Bielefeld-Brackwede I

Seit dem 01.04.03 hat das Justizministerium NRW die freien Träger **SKM – Katholischer Verein für Soziale Dienste in Bielefeld e.V.** und **KIM – Soziale Arbeit e.V. Paderborn** in Ihrer Eigenschaft als nichtstaatliche Träger der Straffälligenhilfe mit der Durchführung von Maßnahmen der Untersuchungshaft- und Ersatzfreiheitsstrafenvermeidung in der JVA Bielefeld-Brackwede I beauftragt.

Unmittelbar nach der Aufnahme eines Untersuchungsgefangenen wird den beiden Trägern die Gefangenenpersonalakte zugeleitet. In Zusammenarbeit mit der Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Brackwede I wurden Kriterien entwickelt unter denen eine Untersuchungs-haftreduzierung und eine Ersatzfreiheitstrafenreduzierung sinnvoll erscheint.

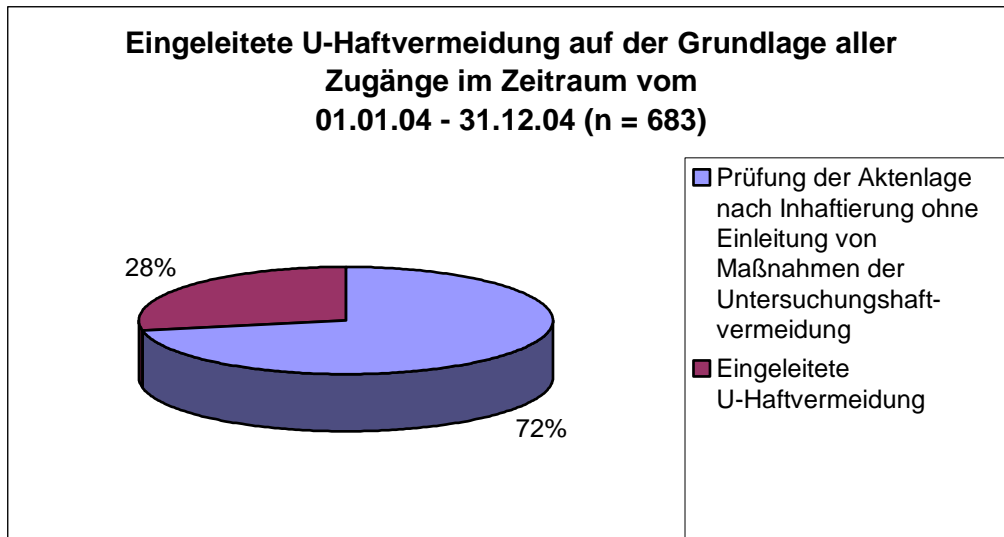
Die Zuweisung der Haushaltsmittel der Justiz für das Jahr 2004 erfolgte auf der Grundlage der Höhe des Jahres 2003 (vom 01.04. – 31.12.2003). Im Ergebnis bedeutet dies eine 25 %ige Kürzung der Mittel, was zur Reduzierung der Arbeitszeit und damit zur Effizienzverminderung unserer Arbeit führte.

Im Folgenden möchten wir den zweiten Jahresbericht vorstellen.

Diese Auswertung bezieht sich auf den Zeitraum vom 01.01.04.- 31.12.04

Außer Vollzug gesetzte Haftbefehle

Von 683 in Untersuchungshaft befindlichen Personen wurden bei 192 Personen Haftbefehle außer Vollzug gesetzt, da weniger einschneidende Maßnahmen den Zweck der Untersuchungshaft erreichten. Dies entspricht einem Prozentsatz von ca. 28 %



Eingesparte Hafttage durch Maßnahmen der Untersuchungshaftvermeidung

Ausgehend von einer durchschnittlichen Verweildauer von 100 Tagen wurden insgesamt 7.144 Hafttage eingespart.

Eingesparte Hafttage durch Maßnahmen der Untersuchungshaftvermeidung vom 01.01.04 – 31.12.04

7.144 Tage

Eingesparte Hafttage durch Maßnahmen zur Ersatzfreiheitsstrafenvermeidung

Gegen einige der von uns betreuten Klienten waren auch Ersatzfreiheitsstrafen zu vollstrecken, so dass nach kurzer Zeit deutlich wurde, dass es Verbindungen zwischen der Haftvermeidung für Untersuchungsgefangene und einer Haftvermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen gibt. Es gilt bei der Bewertung der folgenden Zahlen zu bedenken, dass der größte Teil der Ersatzfreiheitsstrafen in den beiden offenen Justizvollzugsanstalten Bielefeld-Brackwede II und Bielefeld-Senne verbüßt werden. Die Zahlen in Klammern beziehen sich auf den Zeitraum vom 01.04.2003 – 31.12.2003.

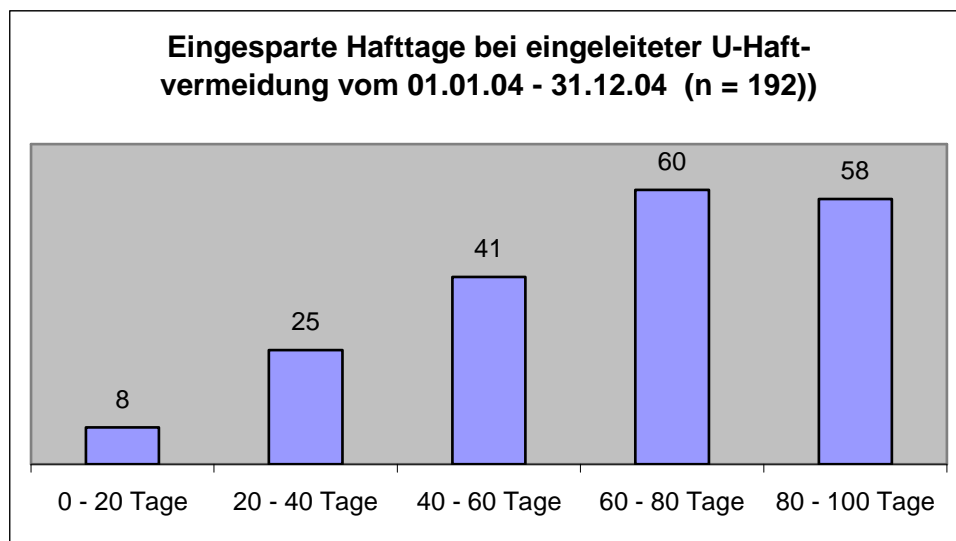
Im Jahr 2004 wurde bei 63 Gefangenen eine Haftvermeidung von **2077 Tagen** (2003:1063 Tage) erreicht. In die Ersatzfreiheitsstrafen wurden **33.999,02 €** (13.811,21 €) nach Einleitung von Maßnahmen der Ersatzfreiheitsstrafenvermeidung eingezahlt.

**Eingesparte Hafttage durch Maßnahmen der
Ersatzfreiheitsstrafenvermeidung vom 01.01.04 – 31.12.04**

2077 Tage

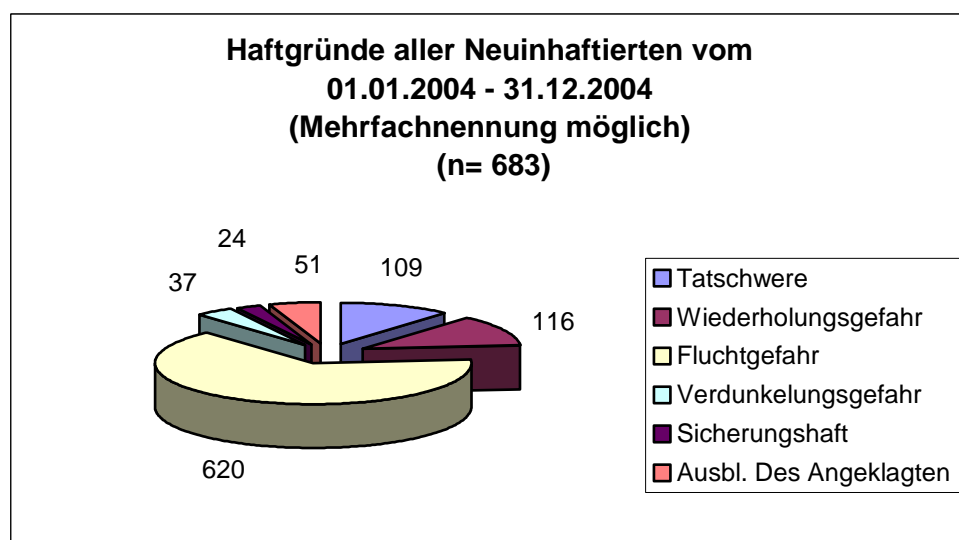
Detaillierte Aufstellung der eingesparten Hafttage

In der folgenden Grafik stellen wir die eingesparten Hafttage bei eingeleiteter Untersuchungshaftvermeidung detaillierter dar. Es fällt auf, dass im Jahr 2004 deutlich häufiger 80 – 100 Hafttage bzw. 60 – 80 Hafttage eingespart wurden. Dies führen wir auf die zunehmende Routine in unserer Arbeit, auf die enge Vernetzung innerhalb der Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Brackwede I und auf die gute Kooperation mit Richtern, Staatsanwälten und Strafverteidigern zurück. Inzwischen hat sich das Projekt Untersuchungshaftvermeidung bei vielen Rechtsanwälten und Strafverteidigern etabliert.



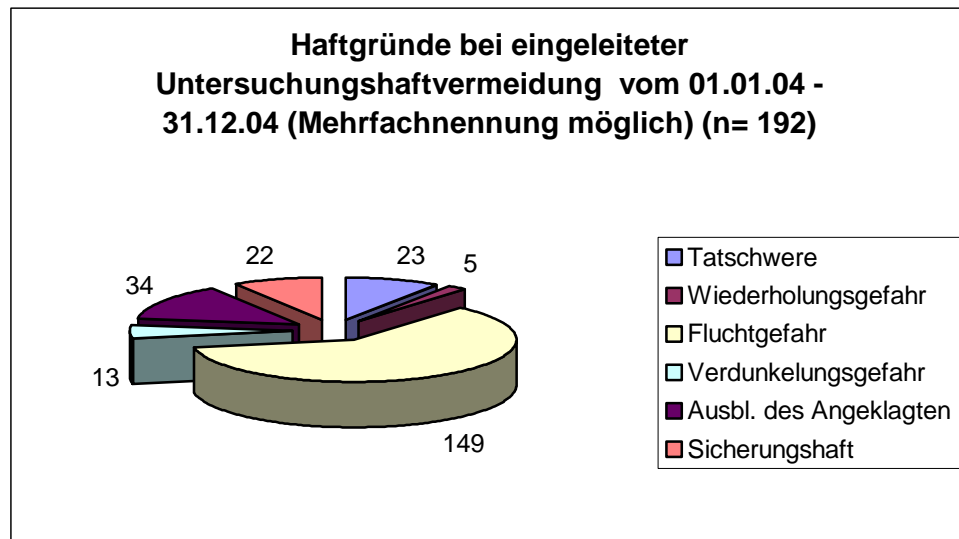
Haftgründe aller 683 Neuinhaftierten

Bei ca. 90 % der Neuinhaftierten lag der Haftgrund Fluchtgefahr vor.



Haftgründe bei eingeleiteter Untersuchungshaftvermeidung

Neben dem hohen Prozentsatz des Haftgrundes Fluchtgefahr (77 %) fällt auf, dass, wie im Jahr 2003, bei ca. 17 % der erfolgreich eingeleiteten Untersuchungshaftvermeidungsmaßnahmen der Haftgrund im Ausbleiben des Angeklagten zur Verhandlung bestand



Sozialpädagogische/Sozialarbeiterische Hilfen bei eingeleiteter Untersuchungshaftvermeidung

Bei der psychosozialen Begleitung geht es schwerpunktmäßig um die Stabilisierung sozialer Beziehungen zu Partnerinnen, Eltern, Kindern und sonstigen wichtigen Bezugspersonen. Es konnte durch unsere Arbeit nachgewiesen werden, dass das unterstellte Fehlen sozialer Kontakte nicht gerechtfertigt war bzw. dass ein fester Wohnsitz des Inhaftierten bestand. 12 Inhaftierte konnten in Betreute vollstationäre und teilstationäre Wohneinrichtungen, die Hilfe auf der Grundlage des § 67 –69 SGB XII leisten, vermittelt werden.

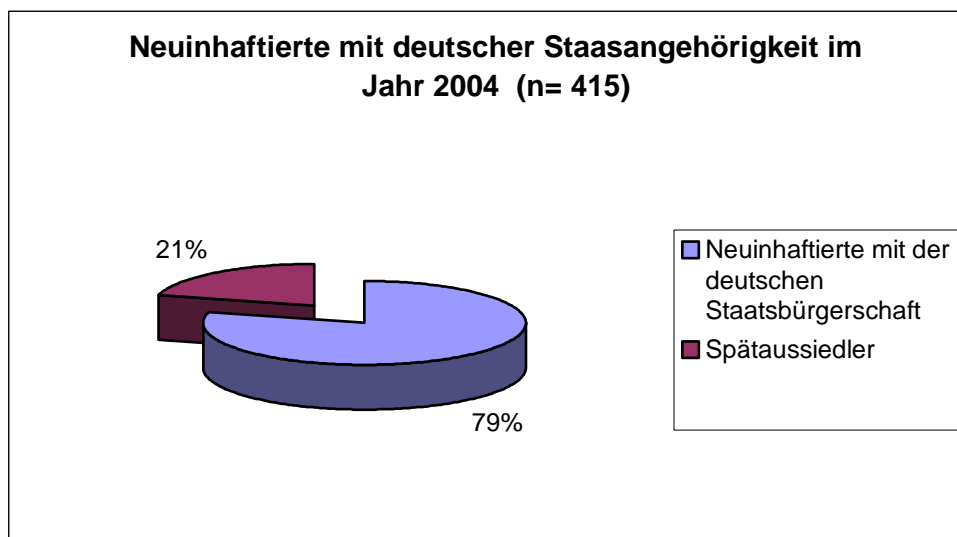
Durch die Tätigkeit der freien Träger konnten deren regionale und fachliche Ressourcen zur Verbesserung der Lebenslage und damit der Sozialprognose der Klienten genutzt werden.

Nationalitäten

Von 683 Neuinhaftierten im Berichtszeitraum besaßen 415 (60 %) die deutsche Staatsbürgerschaft. Unter den ausländischen Inhaftierten besaßen 38 die türkische und 47 die polnische Staatsbürgerschaft.

Wie in unserem ersten Jahresbericht angekündigt erfassten wir ab dem 01.01.2004 die Inhaftierten mit deutscher Staatsbürgerschaft differenzierter.

Unter den oben beschriebenen 415 Inhaftierten mit der deutschen Staatsbürgerschaft befanden sich 86 (20,7 %) Spätaussiedler, die bis vor ca. 10 Jahren ihren Lebensmittelpunkt in den ehemaligen GUS-Staaten hatten.



Zusammenfassung

Im Zeitraum vom 01.01.2004 bis zum 31.12.2004 wurden 192 Haftbefehle außer Vollzug gesetzt. Dies entspricht einem Prozentsatz von 28 % aller in diesem Zeitraum erfolgten Zugänge in die JVA Bielefeld-Brackwede I.

Auf dieser Grundlage wurden **7144 Hafttage** durch Maßnahmen der Untersuchungshaftvermeidung eingespart. Ferner wurden **2077 Hafttage** durch Maßnahmen der Ersatzfreiheitsstrafenvermeidung eingespart. Die eingesparten Hafttage durch unser Projekt betragen somit **9221 Hafttage** insgesamt. In die Ersatzfreiheitsstrafen wurden **33.999,02 €** nach Einleitung von Maßnahmen der Ersatzfreiheitsstrafenvermeidung eingezahlt. (Grafik Seite 3)

Neben dem hohen Prozentsatz des Haftgrundes Fluchtgefahr, lag bei ca. 17 % der erfolgreich eingeleiteten Untersuchungshaftvermeidungsmaßnahmen der Haftgrund im Ausbleiben des Angeklagten zur Verhandlung vor. (Grafik Seite 5)

Durch die Tätigkeit der freien Träger konnten deren regionale und fachliche Ressourcen zur Verbesserung der Lebenslage und damit der Sozialprognose der Klienten genutzt werden.

12 Inhaftierte konnten in Betreute vollstationäre und teilstationäre Wohn- einrichtungen, die Hilfe auf der Grundlage des § 67 –69 SGB XII leisten, vermittelt werden.

Von 683 Neuinhaftierten im Berichtszeitraum besaßen 415 (60 %) die deutsche Staatsbürgerschaft. Unter den ausländischen Inhaftierten besaßen 38 die türkische und 47 die polnische Staatsbürgerschaft.

Bei 20,7 % der Inhaftierten mit deutscher Staatsangehörigkeit handelte es sich um Spätaussiedler, die bis vor ca. 10 Jahren ihren Lebensmittelpunkt in den ehemaligen GUS-Staaten hatten.

Es wurden im Jahr 2004 deutlich häufiger 80 – 100 Hafttage bzw. 60 – 80 Hafttage eingespart. Dies führen wir auf die zunehmende Routine in unserer Arbeit, auf die enge Vernetzung innerhalb der Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Brackwede I und auf die gute Kooperation mit Richtern, Staatsanwälten und Strafverteidigern zurück.